

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Eckhard Behrens **3** Euro- oder Schuldenkrise? - Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen
- Ludwig Schuster & Margrit Kennedy **10** Mit einer Komplementärwährung kann Griechenland abwerten und in der Euro-Zone bleiben
- Christian Kreiss **13** Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – Drei politische Weichenstellungen
- Silke Helfrich **21** Commons/Gemeingüter – Ein Leitbild für das 21. Jahrhundert
- Hans-Peter Aubauer **31** Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende
- Achim Lerch **39** CO₂-Emissionshandel – effizient oder gerecht?
- Fabian Thiel **48** Die Bodenpolitik Sun Yat-sens und ihre Auswirkungen auf das zeitgenössische Landmanagement in der VR China
- Renate Börger **57** „Small is beautiful“ – Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich Schumacher
- 61** Bücher – Personalie – Veranstaltungen
- 76** 49. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel
Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
eMail: versand@gauke.de
www.gauke.net | www.sozialoekonomie.de

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigttes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.
Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Einzelhefte:

Alle lieferbaren Einzelhefte finden Sie im SOZIALÖKONOMIE-SHOP [www.sozialoekonomie.de].
Die Preise liegen zwischen 2,00 und 5,00 EURO.
Für größere Abnahmemengen gibt es Staffelpreise.

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Telefon: 0441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August
für die jeweils im April bzw. Oktober
erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.

Für unverlangte Manuskriptensendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löh

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude
Geschäftsstelle:

Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

die französische Revolution von 1789 weckte erstmals die Hoffnung auf eine republikanisch-demokratisch verfasste Bürgergesellschaft, in der die alte Ständehierarchie in einen neuen homogenen Dritten Stand übergehen sollte. Darin sollten sich freie und gleich(berechtigt)e Bürger politisch und ökonomisch auf gleicher Augenhöhe brüderlich bzw. geschwisterlich verbinden.

Stattdessen entstand in kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaften eine neue soziale und politische Hierarchie, die aufgrund der ihr immanenten Ungleichheiten – entgegen ihrer klassisch-neoklassischen Legitimation als beste aller Welten – von Anfang an krisenhaft instabil war. Im 20. Jahrhundert verlor diese bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ihre innere Balance sogar so sehr, dass sie in kommunistische und faschistische Totalitarismen abstürzte. Nach deren endlicher Überwindung wurde der Kapitalismus restauriert und schließlich während der 30jährigen Vorherrschaft des sog. Neoliberalismus noch als Turbo-Finanzkapitalismus auf die Spitze getrieben.

Von der großen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 zeigte sich die marktgläubige Fachwelt ‚überrascht‘. In den ersten Monaten nach dieser Beinahe-Kernschmelze des internationalen Finanzsystems übertrumpften sich Wissenschaftler und Politiker gegenseitig mit Versprechungen, die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte bändigen zu wollen. Doch schon bald gingen sie wieder zur gewohnten Tagesordnung über.

Drei Jahre danach zeigt sich nun, dass die mit teuren staatlichen Rettungspaketen für private Banken und Konzerne gewonnene Zeit nicht für die notwendigen Korrekturen der wirtschaftlichen Strukturen genutzt wurde. Die Finanzmärkte treiben die Politik weiterhin vor sich her und untergraben dabei die Demokratie. An den Börsen geht es drunter und drüber, Gewaltausbrüche finden mittlerweile auch in europäischen Metropolen statt. Angesichts der Überschuldung der USA und europäischer Länder stellte der „Spiegel“ kürzlich die bange Frage: „Geht die Welt bankrott?“ Und bald darauf führte er einen „Gelduntergang“ vor

Augen. (Titelblätter der Nr. 32 u. 34/2011) Hinzu kommen steigende Lebensmittelpreise, die für weite Teile der Weltbevölkerung schnell existenziell bedrohlich werden können, und extreme Hungerkatastrophen. Und es spricht momentan nicht sehr vieles dafür, dass die Weltgemeinschaft in der Lage sein wird, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

Statt die Gefahren zu verdrängen und weiterhin kleinkrämerisch nach Einzelvorteilen zu streben, sollte man meinen, dass die Menschheit angesichts ihrer vielfachen Gefährdungen ihren ganzen Überlebenswillen mobilisiert und – im Sinne der französischen Revolution – nach einer gerechten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens auf diesem schönen Planeten sucht. Schließlich sind doch – wie es der Maler und Schriftsteller Francis Picabia sagte – „unsere Köpfe rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.“ (in: Josef Joffe u.a., Schöner denken – Wie man politisch unkorrekt ist, 2009)

Nachdem die Maximen der Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung rund 30 Jahre wie Mantren gebetet wurden, wird es höchste Zeit, die Richtung des Denkens zu wechseln und sich dabei an großen Denkern wie Ernst Friedrich Schumacher zu orientieren.

Um der Zuspitzung der Krisen auf den Finanzmärkten und der fortschreitenden Auflösung sozialer Bezüge wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es einer Geldordnung, die – frei nach Goethe – nicht nur Europa mit Griechenland, sondern die ganze Welt in ihrem Innersten zusammenhält und einer breiten Dezentralisierung des Wirtschaftens den Weg ebnet. Und der Boden, die Ressourcen, die Atmosphäre, die Gene, das Wissen sind keine Handelswaren, Kapitalgüter und Spekulationsobjekte, als die sie bislang behandelt werden. Vielmehr bedürfen sie der Achtung als das, was sie für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen tatsächlich sind: als schützenswerte Gemeingüter.

Ihr Werner Onken

Plädoyer für mehr Gedankenvielfalt in der Ökonomie

„Die Rahmenbedingungen für Wissenschaftler sind die ‚Spielregeln‘ der Scientific Community: Akzeptanz einer mehr oder weniger fest vorgegebenen Paradigmatik und Methodik als Karrierevoraussetzung und Legitimations- und Reputationsbasis. In der Wirtschaftswissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten eine ‚Normalwissenschaft‘ herausgebildet und immer weiter verfestigt, die zunehmend kleinteilig und auf formal möglichst ausdifferenzierter Ebene einem deterministischen Paradigma rational handelnder Akteure und effizienter Märkte frönt. ... Es besteht ein institutionelles Anreizsystem (Zugang zu Drittmitteln und ‚reputierlichen‘ Zeitschriften, Listenfähigkeit bei Berufungen, Verdienstchancen und Mittelzuweisungen im Rahmen von Exzellenzinitiativen sowie leistungsorientierte Vergütungssysteme), das Wissenschaft jenseits des marktoptimistischen – und in diesem Sinne ‚unkritischen‘ und Risiken klein denkenden – Mainstreams nahezu unmöglich macht. ...

Es fehlt an einer grundsätzlicheren Einschätzung der systemimmanenten Faktoren der Instabilität des Kapitalismus. ... Bezeichnenderweise werden in der Mainstream-Ökonomie fast ausschließlich ‚exogene Schocks‘ betrachtet, die das System treffen und durch möglichst flexible Märkte verarbeitet werden müssen. ...

Der Mythos von der Versicherbarkeit der Geschäftsrisiken in Verbindung mit der Spekulationsbereitschaft vieler Marktteilnehmer hat erst das Volumen der Finanzmarkttransaktionen, das sich in den letzten 30 Jahren vervielfacht hat, ermöglicht. ... Die Wirtschaftswissenschaft mutiert immer mehr zu einer Form angewandter Mathematik im Versuch, die deterministischen Strukturen des Gleichgewichtsparadigmas zu modellieren. ...

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass das ‚kulturelle Kapital‘ des Neoliberalismus zumindest soweit entwertet wird, dass Wissenschaftler nicht länger zwischen der Suche nach Erkenntnissen und ihrer wissenschaftlichen Karriere wählen müssen. Pluralität in der Ausbildung, in der wissenschaftlichen Anwendung und der Politikberatung muss nicht nur zugelassen, sondern aktiv und regulativ gefördert und sichergestellt werden. ... Universitäten müssen sich zukünftig einem ‚Kodex der wissenschaftlichen Pluralität‘ unterwerfen, der auf der Lehr- wie auf der Forschungsseite einen pluralen Methoden- und Paradigmenzugang gewährleistet. Dazu könnten in allen Wirtschaftsfakultäten ‚Professuren für heterodoxe Ökonomik‘ (wie z.B. an der Wirtschaftsuniversität Wien) oder aber Professuren für Wissenschaftler eingerichtet werden, die ausgewiesenermaßen Non-Mainstream-Methodologien in ihrer Forschungsarbeit verwenden.“

Prof. Dr. Arne Heise

Toxische Wissenschaft? – Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise,
in: Wirtschaftsdienst Nr. 12/2009, S. 843-848.